## Stadt Cottbus / město Chosebuz Der Oberbürgermeister



Vorlagen-Nr.						
StVV	II-001/16					
НА						

Geschäftsbereich: II Fachbereich: 33			<b>ch:</b> 33	Termin der Tagung: 27.04.2016						
Vorlage zur Entscheidung										
	durch den Hauptauss	schuss				$\boxtimes$	öffent	lich		
□ durch die Stadtverordnetenversammlung □ nichtöffentl						offentlic	h			
Ber	ratungsfolge:		Datum						Datum	
$\boxtimes$	Dienstberatung Rathausspitze	<b>:</b>	09.02.2016		Umwelt					
$\boxtimes$	Haushalt und Finanzen		19.04.2016	$\boxtimes$				20.04.2016	3	
	Recht, Sicherheit, Ordnung u.	Petitionen	14.04.2016		·			27.04.2016	3	
	Soziales, Gleichstellung u. Re Minderheiten									
	Bildung, Schule, Sport u. Kultu	ır			Information an AG Ortsteile					
	Wirtschaft, Bau und Verkehr				JHA					
Beschlussvorschlag:  Die Stadtverordnetenversammlung möge die Aufhebung der Satzung "Cottbus-Prämie" beschließen.										
Holger Kelch										
Beratungsergebnis des HA/der StVV:  Beschluss-Nr.:										
			ana alaut 19				••	T00	1-	
	einstimmig	mit Stimmer	nmenrheit		agung		_	TOP	·:	
				Ar	Anzahl der <b>Ja</b> -Stimmen:					
	laut Beschlussvorschla	ag		Anzahl der <b>Nein-</b> Stimmen:						
	mit Veränderungen (si	ehe Niederscl	hrift)	Anzahl der Stimmenthaltungen:						

Vorlagen-Nr.: II-001/16

## Problembeschreibung/Begründung:

Mit der im Jahr 2009 beschlossenen Satzung "Cottbus-Prämie" sollen Cottbuserinnen und Cottbuser, die ein Direktstudium in den im § 2 genannten Städten absolvieren, motiviert werden, ihren Status "Hauptwohnung" in Cottbus zu belassen.

Die Stadt Cottbus profitiert von jedem Einwohner, der per 31.12. hier mit Hauptwohnung gemeldet ist, weil diese Zahl zwei Jahre später für die Höhe der Schlüsselzuweisungen nach dem Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz maßgeblich ist.

In der Anlage 1 ist die Entwicklung der Fallzahlen in den vergangenen 5 Jahren dargestellt. In den letzten beiden Jahren wurden jeweils nur 20 Anträge positiv beschieden.

Wegen der prekären finanziellen Situation ist es erforderlich, alle freiwilligen Leistungen der Stadt auf ihre Sinnhaftigkeit bzw. die finanzielle Höhe zu überprüfen.

Im Unterschied zur Satzung "Erstwohnsitzmodell" ist dem Fachbereich Bürgerservice keine mit der "Cottbus-Prämie" vergleichbare satzungsrechtliche Regelung in den räumlich am nächsten liegenden Hochschulstädten bekannt.

In dem seit dem 01.11.2015 geltenden Bundesmeldegesetz sind im § 21 Abs. 2 Regelungen zur Bestimmung der Hauptwohnung für Inhaber mehrere Wohnungen getroffen ("Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners"). In den dazugehörigen Durchführungsbestimmungen wurde u. a. das Verfahren zur quantitativen Betrachtung der Aufenthaltszeiten (am Studienort bzw. Heimatort) geregelt, die wiederum Grundlage für die eventuell notwendige Entscheidung der Meldebehörde zur Festlegung der Haupt- bzw. Nebenwohnung(en) ist.

Im Ergebnis dieser Prüfung wird durch die Meldebehörde Cottbus im Regelfall ein überwiegender Aufenthalt am Studienort festgestellt. D. h., die Wohnung am Studienort ist Hauptwohnung.

Aus den o. g. Gründen wird vorgeschlagen, die Satzung "Cottbus-Prämie" aufzuheben.

Finanzielle Auswirkungen:	⊠ Ja	Nein
1. Gesamtkosten:	<u> </u>	
<u>Jährliche Einsparung</u> der bisher erfolgten finan bewilligter Anträge im Jahr 2016: 4.050 €)	nziellen Zuwendung	(auf der Basis der Anzahl
2. Sicherstellung der Finanzierung:		
3. Folgekosten:		